

MILIZPARLAMENT Gegen die drohende Überlastung helfen Selbstbeschränkung und persönliche Assistenten.

Kaum ein Parlamentarier hat noch den Überblick

Ist das Bundesparlament überlastet, da die Politik immer komplizierter wird? Ja, sagt Generalsekretärin Wallimann. Nein, meint Nationalratspräsidentin Egerszegi.

Von **Verena Vonarburg, Bern**

Beide überblicken sie das Parlament von vorne und von oben. Vom Präsidiumssitz aus die 59-jährige Christine Egerszegi -, bis Dezember die diesjährige Leiterin des 200 köpfigen Nationalratsbetriebs. Zu ihrer Linken die gleichaltrige Mariangela, Wallimann, seit 8 Jahren Generalsekretärin der ganzen Bundesversammlung und als solche Chefin über 250 Angestellte der Parlamentsdienste.

Beide kennen den Betrieb in Bundesbern bis in den hintersten Winkel. In der Diagnose desselben unterscheiden sie sich. Die Ratsmitglieder seien «mit wenigen Ausnahmen überlastet», pflegt Wallimann seit Jahren zu sagen. «Es ist deswegen nur eine Frage der Zeit, bis die

Schweiz ein Berufsparlament hat. Davon bin ich überzeugt.» Ein Parlament von Vollzeitpolitikern? Passt nicht zur Schweiz, findet demgegenüber Nationalratspräsidentin Egerszegi. Sie ist «nach wie vor überzeugt, dass wir ein Milizparlament brauchen». Denn ein solches sei «gesellschaftlich besser verankert».

Wallimann wiederum gibt sich nicht der Illusion hin, die Schweiz werde in absehbarer Zeit das Milizparlament in einem offiziellen Akt zu Grabe tragen. Sie sieht die Professionalisierung vielmehr als einen unauffälligen, unaufhaltsamen Prozess. «Wir beobachten schon heute, dass immer mehr Ratsmitglieder sich ganz der Politik widmen, sich auch als Politiker von Beruf bezeichnen.» Rund 30 der 200 im Nationalrat, so Wallimanns Rechnung, «machen vorwiegend Politik. Das wird ohne Zweifel zunehmen.» Ein «Halbtags-Berufsparlament» nennt sie es heute. Ein Nationalratsmandat entspreche einem 50-Prozent-Job, ein Ständeratsmandat beanspruche noch mehr Zeit.

Auch das Ratspräsidium wird mehr und mehr als professionelles Amt interpretiert. So widmet sich Christine Egerszegi, die Milizverfechterin, ein Jahr lang nichts an-

derem. Ironischerweise gehört sie auch sonst faktisch zu den Berufspolitikern. Sie, die ehemalige Sprachlehrerin und Mutter zweier erwachsener Kinder, ist ungebunden, nirgends fest angestellt. «Müsste ich eine Familie ernähren», sagt sie selber, «wären das natürlich andere Voraussetzungen.»

Man müsse sich, sagt Generalsekretärin Wallimann dazu, «ein Ratsmandat leisten können.» Finanziell sind die Voraussetzungen, National- oder Ständerat zu sein allerdings längst nicht mehr so schlecht (siehe Tabelle). Schwieriger steht es um die verfügbare Zeit. Die Gruppe jener, die als Parlamentarier in Frage kämen, werde immer schmaler, beklagt Wallimann. Immer mehr Ratsmitglieder behelfen sich mit persönlichen Assistenten (Text unten).

Noch etwas darf nicht ausser Acht gelassen werden: Nationalrat oder Ständerat zu

sein, ist längst nicht mehr mit demselben Prestige verbunden wie früher. Und dennoch kandidieren in diesem Jahr so viele für ein Amt in Bern wie noch nie: Mehr als 3000 Menschen möchten in den Nationalrat gewählt werden. Die Generalsekretärin kann sich das nicht erklären, sie räumt ein, «dass die vielen Kandidaten meiner Theorie widersprechen». Allerdings hegt sie Zweifel, «ob sich alle Kandidaten bewusst sind, wie happig dieser Job ist».

Dass die politische Arbeit anstrengender, hektischer geworden ist, bestreitet auch Egerszegi nicht. Das hänge nicht zuletzt mit der Elektronisierung der Kommunikation zusammen. «Die E-Mail-Flut lässt einen nicht einmal mehr am Sonntag Ruhe.» Ansonsten biete sie als Mittel gegen Überlastung nur eines an: Sich auf einige wenige Themen zu beschränken, «und dann ist es gut». Sich spezialisieren, in der Hoff-

nung, als Spezialistin oder Spezialist auch medial Gehör zu finden: Darum geht es vorwiegend. Und der Rest der Themen? Einfach nach der eigenen Fraktion stimmen: Dieses Mittel propagieren Egerszegi wie Wallimann. Ein Ratsmitglied muss längst nicht über alles Bescheid wissen, was zur Debatte steht. Nur ganz wenige haben noch den Überblick über das Ganze.

Das Parlament mischt sich mehr ein

Diese Konzentration auf das Wesentliche sollte in den Augen der Generalsekretärin für das ganze Parlament gelten. «Es sollte die grossen Linien der Politik vorgeben und sich nicht immer mehr in die operativen Belange der Verwaltung und des Bundesrats einmischen.» Dass das Parlament selbstbewusster auftrete als früher, sei zwar durchaus positiv, aber die Räte würden sich mit der Detailversessenheit selbst überlasten.

Dass der Appell an die Selbstbeschränkung und das Denken in grösseren Zeiträumen ein frommer Wunsch ist, dessen ist sich Wallimann durchaus bewusst. «Aber man darf auch Visionen haben und davon sprechen.»



Egerszegi



Wallimann

Oft schreibt ein Assistent die Rede

Die Politiker stellen immer öfter persönliche Mitarbeiter ein, um sich zu entlasten. Das zahlt sich für beide Seiten aus, wie das Beispiel von Christof Berger und Margret Kiener Nellen zeigt.

Von **Annetta Bundi, Bern**

Wer den Sprung ins Parlament schafft, muss sich rasch umorganisieren. Doch das ist leichter gesagt als getan. Schliesslich wollen die meisten Politiker ihren Beruf nicht ganz aufgeben. Zu gross ist das Risiko, nach vier Jahren wieder abgewählt zu werden. Viele fürchten sich zudem vor Lohnneinbussen. Inklusiv Spesen bringt es ein Nationalrat zwar auf 123 000 Franken (siehe Tabelle). Für all jene, die zuvor eine leitende Position innehatten, ist das aber nicht viel. Sie nehmen daher gern weitere Mandate an. Dass die meisten Parlamentarier zumindest ein Standbein in ihrer angestammten Tätigkeit behalten wollen, hat indes noch einen anderen Grund: Berufspolitikern sind vielen Leuten suspekt.

Dies ist insofern interessant, als die Ära der echten Milizpolitiker längst vorbei ist. Ob Landwirt oder Jurist, ob Sozialarbeiterin oder Hebamme: Wer in Bern mitreden will, muss beruflich kürzer treten – oder einen Teil der politischen Arbeit an einen Assistenten delegieren. Margret Kiener Nellen, die vor vier Jahren für die Berner SP in den Nationalrat gewählt wurde, hat sich für Letzteres entschieden. So war es ihr möglich, als Gemeindepräsidentin von Bolligen im Amt zu bleiben und ihre Anwaltskanzlei weiterzuführen. «Die Parlamentsarbeit ist sehr aufwändig. Ich bin daher froh, auf die Hilfe meines persönlichen Mitarbeiters zählen zu können.»

Willkommener Diskussionspartner

Es ist ihr gelungen, mit Christof Berger für die Ratsarbeit einen ebenso erfahrenen wie loyalen Assistenten zu gewinnen. Der 48-jährige PR-Redaktor und Grafiker, der früher für die Gewerkschaften gearbeitet hat, kennt als Stadtberner Politiker die Parlamentsarbeit aus dem Effeff. Seit gut einem Jahr schreibt er für Kiener Nellen Referate, ergänzt die in der Verwaltung



BILD BEATRICE DEVENES

Margret Kiener Nellen schätzt die Hilfe ihres Assistenten Christof Berger.

angeforderten Informationen mit eigenen Recherchen und stellt ihr Dokumentationsmaterial zusammen. Er bringt sich vor den Abstimmungen zudem als Diskussionspartner ein – oder entwirft für die Chefin Voten für die Parlamentsdebatten. So könne sie sich auf das Wichtigste konzentrieren, sagt Kiener Nellen. «Das schätze ich ausserordentlich.»

Gespür für die richtigen Themen

Die Berner Nationalrätin befindet sich damit in guter Gesellschaft. Seit die Spesen vor vier Jahren um 30 000 Franken aufgestockt worden sind, um die Anstellung von persönlichen Mitarbeitern zu ermöglichen, machen immer mehr Parlamentarier davon Gebrauch. Das zeigt eine Umfrage bei den Parteien. FDP-Ständerat Rolf Büttiker setzt zum Beispiel auf die Dienste von Urs Marti, der früher für die NZZ aus dem Bundeshaus berichtet hat. «Er ist sowohl mit den Themen als auch mit den Abläufen im Bundeshaus bestens vertraut. Zudem kann er exzellent schreiben. Das

ist für mich natürlich eine grosse Stütze», sagt Büttiker. «Ich bin froh, dass er mir beratend zur Seite steht.»

Assistenten stärken Milizsystem

Bei CVP-Nationalrat Reto Wehrli, der in Schwyz eine Anwaltskanzlei führt und für die Parlamentsarbeit eine junge Politologin engagiert hat, tönt es ähnlich. Seine Assistentin bearbeitet die Post, schreibt Reden, Vorstöße und Artikel und hält den Kontakt zur Partei aufrecht. «Dank dieser Unterstützung ist es mir möglich, im Beruf zu bleiben», sagt Wehrli. «Die persönlichen Mitarbeiter stärken letztlich also das Milizsystem.» FDP-Nationalrätin Christa Markwalder kommt zum selben Schluss. «Solche Modelle helfen, die Krise des Milizsystems zu überwinden.» SVP-Nationalrat und Unternehmer Peter Spuhler ist sich diesbezüglich indes nicht so sicher. «Je stärker wir Richtung Berufsparlament gehen, desto grösser ist doch die Gefahr, dass noch mehr Papier produziert wird.»

Margret Kiener Nellen kann mit diesem Argument nichts anfangen. «Das heutige System hält all jene von der Politik ab, die auf sich allein gestellt sind und nicht auf ein Sekretariat eines Verbandes oder einer Firma zurückgreifen können.» Viele Berufsgattungen seien im Parlament deshalb gar nicht vertreten. Das lasse sich nur mit der Schaffung eines Berufsparlaments ändern, ist die Sozialdemokratin überzeugt. «Das würde es uns auch ermöglichen, den Bundesrat besser zu beaufsichtigen, wie es an sich unsere Aufgabe wäre. Hier stossen wir heute viel zu früh an unsere Grenzen.»

Milizpolitiker sind mit der Materie häufig zu wenig vertraut

Wie konkret die Überforderung der Politiker ist, zeigt sich am deutlichsten bei ihrer Arbeit an neuen Gesetzen.

Von **Bettina Mutter, Bern**

Die Überforderung des Parlaments wirkt sich auf die konkrete Gesetzgebungsarbeit negativ aus. Diese Tatsache hat das Parlament selbst – insbesondere der Ständerat – längst erkannt. Der Schwyzer CVP-Ständerat Bruno Frick etwa sagte schon in der Rede zum Ende seines Präsidentschaftsjahrs 2004 treffend, das Parlament stosse an seine Grenzen. Frick suchte den Fehler allerdings im System. «Wir sind für die eigene Ausarbeitung komplexer Gesetze nicht vorbereitet und nicht ausgerüstet», erläuterte er. Dies zeige sich etwa bei den Diskussionen um die Prämienverbilligung im Krankenversicherungsgesetz, aber auch im Bereich der Spitalfinanzierung.

Im Nationalrat seien die Probleme teilweise selbst verschuldet, analysiert der Zürcher Grüne Daniel Vischer: «Man muss zugeben: Wir lesen auch anspruchsvolle Dossiers immer erst in letzter Minute.»

Aus einer Reihe unterschiedlicher kniffliger Geschäfte zeigen folgende Beispiele, wo es dem Parlament mitunter an Dossierkenntnis oder an Konsequenz fehlte:

■ **Biopatente:** Kein anderes Beispiel aus der laufenden Legislatur zeigt so eindrücklich, wie die Politiker mitunter an ihre Grenzen stossen. Nicht nur die Vorbereitung, sondern auch die Debatte um die Frage, ob Gensequenzen und damit auch landwirtschaftliche Produkte und Zuchtpraktiken patentierbar sein sollen, überliess das Parlament mehrheitlich seiner Rechtskommission. Dort wiederum mochten sich nicht alle gleich intensiv um die komplizierten wissenschaftlichen Fragen kümmern. Mit viel Lobbying hatte zudem Christoph Blocher dafür gesorgt, dass die einfachere Frage der Parallelimporte aus dem Gesetz herausgebrochen wurden und separat behandelt werden soll. Diese Diskussion beschäftigte dann Bürgerliche und Links-Grüne mehr als die eigentlichen Biopatente. Erst kurz vor den Diskussionen im Ratssaal realisierten Linke, Grüne und bürgerliche Bauernvertreter, dass die Pharma- und Forschungslobby sich bei allen Fragen durchsetzen würde.

■ **Gefährliche Hunde:** Die Debatte um Kampfhunde ist ein unrühmliches Kapitel der laufenden Legislatur. Nachdem am 1. Dezember 2005 Pitbulls in Oberglatt ZH einen sechs Jahre alten Knaben angefallen und zu Tode gebissen hatten, erfasste ein Sturm der Entrüstung auch das Parlament. Die Mehrheit des Parlaments unterzeichnete eine Petition des «Blicks», der ein nationales Pitbull-Verbot durchsetzen will. Den wenigsten war bewusst, dass sie als Parlamentarier nicht fähig sein würden, dieses Gebot tatsächlich auch umzusetzen. Denn die Erfahrungen des Bundesamtes für Veterinärwesen seit 2000 zeigen, dass eine nationale Regelung gegen aggressive Hunde in der Schweiz kaum durchsetzbar ist, weil die Kantone und Tierschützer sich dagegen wehren. Im Parlament geriet das

Ganze vollends zur Farce, als während der Verhandlungen festgestellt wurde, dass es ja nicht nur der für den Tierschutz zuständige damalige Bundesrat Joseph Deiss richten sollte – sondern auch der für den Schutz des Menschen zuständige Justizminister Christoph Blocher. Schliesslich muss der Mensch vor gefährlichen Hunden geschützt werden. Eben hat eine weitere Vernehmlassung ergeben, dass nicht einmal die Idee einer national verbindlichen Rassenliste Bestand hat. Und weil die entsprechenden Vorschläge der Wissenschaftskommission so nicht umgesetzt werden können, fordern nun Tierschützer, die Rechtskommission solle sich um die Frage kümmern – um über den Status quo hinaus zu kommen.

■ **Unternehmenssteuern:** Seit Anfang 2004 arbeiten Finanzminister Hans-Rudolf Merz und das Parlament an der Unternehmenssteuerreform II, dank der Firmen insgesamt 750 Millionen Franken Steuern einsparen würden. Bei der Behandlung dieses Prestigeprojektes aus dem Finanzdepartement wurde das Parlament in den letzten vier Jahren immer wieder von Experten überrumpelt. Die Frage, ob die Vorlage möglicherweise verfassungswidrige Punkte beinhalte oder nicht, stellte die Politiker vor grosse Probleme. Im Herbst 2006 bestellte Finanzminister Merz zwei Gutachten, eines beim Bundesamt für Justiz, ein anderes extern – mutmasslich weil das erste Gutachten nicht die erhofften Ergebnisse erbracht hatte. Nicht das Parlament und dessen Fachkommissionen gaben also den Takt an – sondern schliesslich jene Experten, die dann auch Finanzminister Merz wegen der externen Kritik an die Arbeit schickte. Das Parlament krebste schliesslich bei der geplanten Entlastung der Unternehmen etwas hinter das ursprünglich gesteckte Ziel zurück.

Wie viel ein Nationalrat verdient

Durchschnittliche Werte je Ratsmitglied 2006, in Franken

Einkommen (Steuerpflichtig)	
Jahreseinkommen	21 000.00
91 Taggelder (inkl. Sessionen) à 400.–	36 400.00
Distanzentschädigung (Verdienstausfall 1/3)	658.25
Kranken-, Unfall- und Mutterschaftsgeld	274.40
Vorsorgeentschädigung	9 288.00
Total	67 620.65

Spesen

Jahresentschädigung (z. B. für persönliche Assistenz)	30 000.00
86 Mahlzeitenentschädigungen à 110.–	9 460.00
51 Übernachtungsentschädigungen à 170.–	8 670.00
Mahlzeiten- und Übernachtungsentschädigung Ausland	1 889.80
Distanzentschädigung (Spesenanteil 2/3)	1 316.50
Generalabonnement	3 760.00
Total	55 096.30
Einkommen und Spesen Total	122 716.95

TA-Grafik ib / Quelle Informationsdienst PD

Rubrikinserate

Autos / Nutzfahrzeuge	24
Bildung / Kurse	53
Boote	24
Büro / Multimedia	54
Erotik	30
Ferien / Reisen	18
Finanzen / Geschäfte	18
Immobilien Miete	40
Büro- / Gewerberäume Miete	40
Immobilien Kauf	28
Büro- / Gewerberäume Kauf	–
Kultur / Veranstaltungen	52
Kunst / Antikes	–
Marktplatz	18
Mitteilungen	20
Todesanzeigen	20
www-Adressen	–
Zweiräder	–
Impressum	21

Auskünfte Inserate, Tel. 044 248 40 30

Inseratenannahme:

Tel. 044 248 41 41, von 7.30 bis 18.00 Uhr

Fax 044 248 41 91

E-Mail: inserat@tages-anzeiger.ch

adbox.ch